

Fachtagung Personalvertretungsrecht 2016

Ihre Kundennummer (falls bekannt)



Kommunales Bildungswerk e.V.
Gürtelstraße 29a/30
10247 Berlin
Tel. (030) 293350-0

www.personalratstagung.de

Anmeldeformular

senden per Fax an: (030) 293350 – 39

senden per E-Mail an: info@kbw.de

Name / Vorname	Code	Datum	Gebühr
	PGT16	<input type="radio"/> 15. <u>und</u> 16.09.2016	299,00 EUR (bei Buchung bis 21.07.2016)
	PGT16	<input type="radio"/> 15. <u>und</u> 16.09.2016	329,00 EUR (bei Buchung ab 22.07.2016)
	PGT16-1	<input type="radio"/> <u>nur</u> 15.09.2016	185,00 EUR (bei Buchung bis 21.07.2016)
	PGT16-1	<input type="radio"/> <u>nur</u> 15.09.2016	200,00 EUR (bei Buchung ab 22.07.2016)
	PGT16-2	<input type="radio"/> <u>nur</u> 16.09.2016	185,00 EUR (bei Buchung bis 21.07.2016)
	PGT16-2	<input type="radio"/> <u>nur</u> 16.09.2016	200,00 EUR (bei Buchung ab 22.07.2016)

Bitte ein Fachforum auswählen: ☐ PersVR in JC ☐ PersVR außerhalb JC

Tätigkeit (z. B. Dezernent/in, Amtsleiter/in, Sachbearbeiter/in ...)

Absender (nach Möglichkeit Stempel)

Telefon:

Telefax:

E-Mail-Adresse:

Ansprechpartner/in:

Herr ☐

Frau ☐

Teilnahmebedingungen: Die kostenlose Stornierung ist bis zum 18.08.2016 möglich. Ab 19.08.2016 werden 50 % der Tagungsgebühr fällig. Bei Stornierungen ab dem 01.08.2016 wird die volle Teilnahmegebühr berechnet. Wir erkennen die Teilnahmebedingungen gemäß Seminarprogramm an.

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Hotelzimmerreservierung

Wünschen Sie eine Zimmerreservierung im Tagungshotel ABACUS (78,50 € / EZ und 101,00 € / DZ) oder in einem anderen unserer Vertragshotels? Die o. g. Zimmerpreise verstehen sich pro Zimmer / Nacht inkl. Frühstücksbüffet.

☐ ABACUS Tierpark Hotel Berlin

☐ anderes Hotel / Hotelwunsch _____

Ich bitte um Reservierung von _____ Einzelzimmer/n _____ Doppelzimmer/n

vom _____ bis _____

Name/Vorname: _____ Code: _____

Bemerkungen/Wünsche zur Anreise: _____

Die kostenlose Stornierungsfrist bei Hotelzimmern beträgt in jedem Fall 3 Werktage.

Veranstaltungsort: ABACUS Tierpark Hotel Berlin, Franz-Mett-Straße 3-9, 10319 Berlin

Teilnahmegebühren: 299,00 Euro (Frühbucherpreis) bzw. 329,00 Euro (bei Anmeldungen ab 21.07.2016). Auf Wunsch kann auch ein einzelner Tag gebucht werden. Die Teilnahmegebühren belaufen sich in diesem Falle auf 185,00 Euro bzw. 200,00 Euro pro Tag.

Impressum: Kommunales Bildungswerk e.V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin,
Tel. (030) 293350-0, Fax (030) 293350-39, info@kbw.de, www.kbw.de

Gesamtherstellung: Druckerei Lippert GmbH (info@druckerei-lippert.de)



zertifizierter Bildungsträger nach
► DIN EN ISO 9001:2008
► AZAV

Gürtelstraße 29a/30 (Steinbeis-Haus) * 10247 Berlin * Tel. 030 29 33 50 -0 * Fax 030 29 33 50 -39

E-Mail: info@kbw.de * Internet: www.kbw.de

Berlin, im Juni 2016

Fachtagung Personalvertretungsrecht am 15. und 16. September 2016

Brennpunkt Personalvertretungsrecht Das Personalvertretungsrecht in der Praxis Probleme - Erfahrungen - Lösungen

mit zwei Fachforen am 2. Tagungstag:

„Personalvertretungsrecht für Mitglieder aus Personalvertretungen in Jobcentern“ und
„Personalvertretungsrecht für Mitglieder aus Personalvertretungen außerhalb von Jobcentern“

Fachtagung für Personalräte, Personalverantwortliche
sowie andere Interessenten

Sehr geehrte Damen und Herren,

der öffentliche Dienst hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Umstrukturierungen, Organisationsveränderungen, Arbeitsverdichtungen und auch neue technische Entwicklungen sowie veränderte Arbeitsabläufe stellen Personalräte vor neue Herausforderungen.

Ihre Arbeit wird zunehmend durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Personalvertretungsrecht bestimmt. Neben der aktuellen Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht zeigt unsere diesjährige Fachtagung die aktuellen Entwicklungsrichtungen des Personalvertretungsrechts auf und gibt wertvolle praktische Hinweise für die tägliche Arbeit der Personalvertretungen. Die Vorträge sollen die Teilnehmer/innen zu einer intensiven fachlichen Diskussion anregen.

Am zweiten Tagungstag besteht die Möglichkeit, eines von zwei parallelen Fachforen zu besuchen und in den intensiven Erfahrungsaustausch mit den anderen Teilnehmern zu treten. Ein Fachforum richtet sich speziell an die Mitglieder der Personalvertretungen von Jobcentern (gE), um deren spezifische Fragen zu erörtern. Das andere Fachforum behandelt die Fragen der Personalvertretungen außerhalb von Jobcentern.

Das Team des Kommunalen Bildungswerks e. V. freut sich, Sie auf der Fachtagung begrüßen zu können.

Dr. Andreas Urbich
Geschäftsführer
Kommunales Bildungswerk e. V.

Für die Tagung wurde ein Antrag auf Anerkennung der Veranstaltung zur Gewährung von Bildungsfreistellung/Bildungsurlaub gemäß § 11 Berliner Bildungsurlaubsgesetz (BiUrlG) vom 24.10.1990 gestellt.

Donnerstag, 15. September 2016	
10:00 Uhr	Begrüßung und Eröffnung Dr. Andreas Urbich, Geschäftsführer KBW e. V.
10:15 Uhr	Aktuelles aus der Rechtsprechung des BVerwG zum Personalvertretungsrecht Dirk Lechtermann, Vorsitzender Richter am OVG Münster
12:00 Uhr	Mittagspause
13:00 Uhr	Beteiligung des Personalrats beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement Friedrich-Wilhelm Heumann, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Bremen
14:15 Uhr	Kommunikationspause
14:45 Uhr	Arbeits- und Gesundheitsschutz – Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz aus der Sicht des Personalrats Dr. Magnus Bergmann, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Münster
15:30 Uhr	Diskussion
Für Interessenten 16:00 Uhr Beginn des Rahmenprogramms 20:00 Uhr Arbeitssessen	
Freitag, 16. September 2016	
Fachforum „Personalvertretungsrecht für Mitglieder aus Personalvertretungen in Jobcentern als gE“	
09:00 Uhr	Aktuelle Herausforderung Flüchtlingsbetreuung: Möglichkeiten der Träger mittels Beendigung der Zuweisungen zum Jobcenter, den eigenen Personalbedarf zu decken Friedrich-Wilhelm Heumann, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Bremen
10:30 Uhr	Kommunikationspause
11:00 Uhr	Die essenziellen Grundsätze für die Beförderungs- und die Personalauswahlentscheidungen im Jobcenter im Fokus der Teiligungsrechte der Jobcenter-Personalräte Dirk Lenders, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Sankt Augustin
12:00 Uhr	Diskussion
Fachforum „Personalvertretungsrecht für Mitglieder aus Personalvertretungen außerhalb von Jobcentern“	
09:00 Uhr	Auch Personalräte können gefeuert werden - (kein) Kündigungsschutz von Personalratsmitgliedern? Peter Plottner, Dipl.-Betriebswirt, Rechtsbeistand, Lübeck
10:30 Uhr	Kommunikationspause
11:00 Uhr	Das Verfahren vor der Einigungsstelle Brigitte Meisinger, Personalratsvorsitzende, Augsburg
12:30 Uhr	Diskussion
anschließend Abschluss-Buffer gegen 14:00 Uhr Ende der Tagung	
Kurze Inhaltsangabe zu den Vorträgen	
Eröffnungsvortrag: Dirk Lechtermann Aktuelles aus der Rechtsprechung des BVerwG zum Personalvertretungsrecht	
Der Referent stellt anschaulich die neue, für die Praxis bedeutsame personalvertretungsrechtliche Rechtsprechung (insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts) vor. Schwerpunkte des Vortrags: <ul style="list-style-type: none">• Auswirkungen der Personalgestaltung nach § 4 Abs. 3 TVöD auf die Wahlberechtigung zum Personalrat bei der gestellenden Dienststelle• Ausschluss eines Personalratsmitglieds wegen Befangenheit• Mitbestimmungsrecht bei Erstfestsetzung von Erfahrungsstufen• Merkmal der „in der Regel Beschäftigten“• Begriff der Verwaltungsanordnung im personalvertretungsrechtlichen Sinn• Ausschluss des Mitbestimmungs- und Initiativrechts bei fehlenden Mitteln zum Nachteilsausgleich im Haushaltsplan• Anforderungen an die Beachtlichkeit einer Zustimmungsverweigerung• Begriff der zentral verwalteten Verfahren der Informationstechnik im Sinne von § 50 Abs. 3 SGB II Änderungen aufgrund aktueller Rechtsprechungen sind möglich.	

Friedrich-Wilhelm Heumann Beteiligung des Personalrats beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement
Am 22.03.2016 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden, dass sich das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) lediglich auf die Aufstellung von Verfahrensgrundsätzen erstreckt. Damit kann die Klärung von Möglichkeiten vorgenommen werden, wie die Arbeitsunfähigkeit eines Beschäftigten überwunden wird. Gleiches gilt für das Ziel, erneuter Arbeitsunfähigkeit vorzubeugen. Nicht umfasst ist nach der neuen Rechtsprechung des BAG die Durchführung des BEM selbst, so dass eine Vereinbarung, dass ein Integrationsteam auch bei der Umsetzung des BEM eingesetzt wird, nicht vom Mitbestimmungsrecht umfasst ist. Die Umsetzung des BEM ist demnach allein Sache des Arbeitgebers. Diese Rechtsprechung ist für die Mitbestimmung des Personalrats von großer Bedeutung, da sie letztlich auf § 84 Abs. 2 Satz 1 SGB IX zurückgeführt wird. Diese Bestimmung gilt aber auch für das BEM in den Dienststellen, so dass evtl. schon geschlossene Dienstvereinbarungen einer Revision unterzogen werden müssen. Es gilt auch nach dem Personalvertretungsrecht der Grundsatz, dass Mitbestimmungsrechte nicht beliebig erweitert werden können, sondern die vorgegebenen Grenzen einzuhalten sind. In seinem Vortrag stellt der Referent die Grenzen der Mitbestimmung unter Berücksichtigung der neuen Entscheidung vor. Die Möglichkeiten des Arbeitgebers bei der Überwindung der Arbeitsunfähigkeit zu helfen, werden eingehend erörtert. Schwerpunkte des Vortrags: <ul style="list-style-type: none">• Inhalt und die Grenzen des BEM• Verfahrensgrundsätze• Beteiligte Personen• Inhalt von Dienstvereinbarungen zum BEM• Die Grundsätze des Mitbestimmungsverfahrens
Dr. Magnus Bergmann Arbeits- und Gesundheitsschutz – Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz aus der Sicht des Personalrats
Der Gesundheitsschutz ist auch in Behörden ein immer wichtiger werdender Aspekt in der Arbeit des Personalrats. Behördeninterne Abläufe werden gestrafft, vereinfacht oder an einen anderen Ort verlagert, Berichtswege anders aufgesetzt, zusätzliche Aufgaben sollen noch mit übernommen werden. Wo bleiben dabei die Mitarbeiter, während neuartige Organisationsmodelle (Matrix-Struktur & Co.) Einzug in den öffentlichen Dienst halten? In diesem Impulsvortrag soll dieser Frage nachgegangen werden. Dabei zeigt der Referent auf, welche Möglichkeiten Personalräte haben, eine Anamnese hinsichtlich des Vorliegens von krankmachenden Elementen in der Arbeitswelt anstellen zu können. Der Vortrag wird abgerundet durch konkrete Tipps und Handlungsanleitungen.
Friedrich-Wilhelm Heumann Aktuelle Herausforderung Flüchtlingsbetreuung: Möglichkeiten der Träger mittels Beendigung der Zuweisungen zum Jobcenter, den eigenen Personalbedarf zu decken
Im Zuge der Migrationsbewegung in die Bundesrepublik Deutschland werden diverse Behörden vor große Herausforderungen gestellt. Es ist absehbar, dass ein erheblicher Teil der Zuwanderer die Leistungen der Jugendämter, der Jobcenter, der Sozialämter etc. in Anspruch nehmen kann und dies auch tut. Dafür brauchen die Behörden mehr Personal, das sie nicht ohne weiteres auf dem Arbeitsmarkt finden. Sie greifen deshalb vermehrt auf Personal zurück, das sie im Zuge der Entwicklung in früheren Zeiten an die Jobcenter zugewiesen haben. Die rechtlichen Möglichkeiten bietet ihnen hierfür § 44g Abs. 5 SGB II, der die Beendigung der Zuweisungen regelt. Es besteht die Gefahr, dass die Jobcenter nicht mehr genügend Personal haben, um die von ihnen zu erledigenden Aufgaben zu erfüllen bzw. werden Leistungsträger des Jobcenters zu ihren Stammdienststellen zurückgerufen, so dass die Qualität der Arbeit abnimmt. Den Geschäftsführungen der Jobcenter sind vom Gesetzgeber keine Möglichkeiten eingeräumt worden, sich gegen die Beendigung der Zuweisung zur Wehr zu setzen. Sie können allenfalls auf die Einhaltung von Fristen bestehen, wobei ihnen auch dabei keine wirksamen Rechtsbehelfe zur Seite stehen. In seinem Vortrag stellt der Referent u. a. vor, welche Teiligungsrechte der Personalräte bei den vorgestellten Maßnahmen Anwendung finden. Schwerpunkte des Vortrags: <ul style="list-style-type: none">• Beendigung der Zuweisung• Abwehrstrategien der Geschäftsführung• Teiligungsrechte des Personalrats wegen Verdichtung der Arbeitsleistungen und wegen Gefährdung des Gesundheitsschutzes• Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung
Dirk Lenders Die essenziellen Grundsätze für die Beförderungs- und die Personalauswahlentscheidungen im Jobcenter im Fokus der Teiligungsrechte der Jobcenter-Personalräte
Das Personal der Jobcenter setzt sich überwiegend aus zugewiesenen Beschäftigten aus der Bundesagentur bzw. den Kommunen zusammen. Es handelt sich somit um Beschäftigte der Träger. Geht es um Beförderungs- und andere Personalauswahlentscheidungen, so stellt sich die Frage, welche Befugnisse die Geschäftsführung des Jobcenters in diesem Zusammenhang nach dem SGB II zusteht. Daraus leiten sich zugleich die Teiligungsrechte der Personalvertretung des Jobcenters ab. Der Vortrag befasst sich überdies mit der Frage, inwieweit ein einheitliches Beurteilungssystem innerhalb des Jobcenters eingeführt werden kann. Schwerpunkte des Vortrags: <ul style="list-style-type: none">• Die Grundsätze des Personalauswahlverfahrens nach der Rechtsprechung des BAG• Die Grundsätze des Beförderungsauswahlverfahrens nach dem BVerwG• Die Ausschreibung von Posten nach Maßgabe der differenzierten Rechtsprechung des BAG bzw. des BVerwG• Die Befugnisse der Geschäftsführung des Jobcenters im Zusammenhang mit Beurteilungs-, Beförderungs- und Personalauswahlentscheidungen• Die Befugnisse der Personalvertretung

Peter Plottner Auch Personalräte können gefeuert werden - (kein) Kündigungsschutz von Personalratsmitgliedern?
Über die Unkündbarkeit von Personalräten kursieren viele Mythen. Ein Mythos aus dem Arbeitsrecht ist, dass Personalräte in jedem Fall unkündbar seien. Das stimmt nicht. Wohl aber genießen die Arbeitnehmervertreter einen besonderen Kündigungsschutz, geregelt in § 15 KSchG und ergänzend in verschiedenen LPersVG. Personalräte können außerordentlich und fristlos nur aus einem wichtigen Grund gekündigt werden. Dafür müssen sich die Arbeitnehmervertreter allerdings schon sehr viel zuschulden kommen lassen. Sind außerordentliche Kündigungen schon im Allgemeinen bei Mitarbeitern sehr schwer, liegen die Hürden für Arbeitnehmervertreter noch einmal höher. Zudem muss der Arbeitgeber ein besonderes Zustimmungsverfahren beachten, das ebenfalls konkrete und formale Inhalte aufweist. Im Vortrag werden die kündigungsrechtlichen Besonderheiten und die verschiedenen Einzelfälle aus der Rechtsprechung angesprochen. Schwerpunkte des Vortrags: <ul style="list-style-type: none">• Was ist der Unterschied zwischen dem gesetzlichen Sonderkündigungsschutz und Unkündbarkeit?• Wann beginnt und endet der Kündigungsschutz bei Wahlbewerbern, Personalratsmitgliedern und Ersatzmitgliedern?• These: Bundesarbeitsgericht stärkt Kündigungsschutz für Ersatzmitglieder• Können Personalräte wegen Pflichtverletzungen aus dem Personalratsamt abgemahnt werden?• Welche Rolle spielt die Versetzung, Abordnung und Umsetzung beim Kündigungsschutz für Personalräte?• Was sind die Gründe für eine außerordentliche Kündigung des Personalratsmitglieds?• Wann darf das Kollegialorgan Personalrat seine Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung eines Personalratsmitglieds verweigern und wann sind diese Gründe rechtlich beachtlich?• Welche Rechtsfolgen sind zu beachten, wenn ein Personalrat die erforderliche Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung eines Mitglieds verweigert?• Welche Risiken muss ein Arbeitgeber bei einer Kündigung von Arbeitnehmervertretern in Kauf nehmen?
Brigitte Meisinger Das Verfahren vor der Einigungsstelle
Die Einigungsstelle ist eine personalvertretungsrechtliche Institution der besonderen Art im Rahmen der Beteiligung des Personalrats. Im Vortrag werden die verschiedenen Beteiligungsfälle beleuchtet, bei denen eine Einigungsstelle gebildet werden kann, wenn es bei Konflikten mit der Dienststelle zu keiner Einigung kommt. Es wird dargestellt, welche Fallstricke im Rahmen eines Einigungsstellenverfahrens vermieden werden können, damit die Entscheidung zum bestmöglichen Ergebnis führt. Auch wenn die oberste Dienststelle in einigen Fällen von Beschlüssen abweichen kann, ist ein gut geführtes Einigungsstellenverfahren ein wichtiges Instrument bei der Ausübung der Teiligungsrechte des Personalrats. Schwerpunkte des Vortrags: <ul style="list-style-type: none">• Bildung der Einigungsstelle• Zusammensetzung und Vorsitz• Anträge, Begründung und Fristen• Entscheidung und Auswirkung• Kostentragung
Referentin und Referenten (in alphabetischer Reihenfolge)
Dr. jur. Magnus Bergmann ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und ausgebildeter Wirtschaftsmediator in Münster. Er verfügt über eine mehr als 15jährige Berufserfahrung in der Beratung und Vertretung von Personalräten. Dabei widmet er sich insbesondere organisatorischen Veränderungen in Behörden, wie Rationalisierungen, Gründen einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), bis hin zu Privatisierungen und der Schließung von Krankenkassen. Er hat Rechtswissenschaften in Münster studiert und wurde nach dem ersten Staatsexamen ebenfalls in Münster zum Dr. jur. promoviert. Friedrich-Wilhelm Heumann studierte in Saarbrücken und Heidelberg Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. 1980 legte er in Heidelberg das erste juristische Staatsexamen ab. Nach dem Ende der Referendarzeit, die ihn zeitweise auch zum Verwaltungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg führte, folgte 1982 die zweite juristische Staatsprüfung. Danach ließ er sich als Rechtsanwalt nieder und arbeitet seitdem in den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht. 1990 erfolgte die Zulassung zum Fachanwalt für Arbeitsrecht und 1992 die Qualifikation zum Notar. Parallel zur Anwaltstätigkeit arbeitet Herr Heumann seit Jahren als freiberuflicher Dozent für verschiedene Weiterbildungs-träger mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes. Die Neuerungen des Tarifrechts im öffentlichen Dienst, insbesondere in der Leistungsvergütung, hat er ebenfalls in Seminaren und Abhandlungen dargestellt. Dirk Lechtermann ist Vorsitzender Richter am OVG NRW in Münster und leitet seit mehreren Jahren die dortigen Fachsenate für Personalvertretungssachen. Er ist Mitautor von Kommentaren zum Personalvertretungsrecht (Cecior u.a., Personalvertretungsrecht NRW) und zum Beamtenrecht (Schütz/Maiwald, Beamtenrecht). Dirk Lenders studierte in Passau und in Bonn Rechtswissenschaften und ist selbstständiger Rechtsanwalt in St. Augustin. Er hat sich auf den Bereich des öffentlichen Dienstrechts, also des Beamten- und Tarifrechts sowie des Mitbestimmungsrechts spezialisiert. Seit über 20 Jahren ist er forensisch tätig. Weiterhin ist er Autor mehrerer Werke zum öffentlichen Dienstrecht, so zum Dienstrecht des Bundes, zum Beamtenstatusgesetz, zum Postpersonalrechtsgesetz und zum Landespersonalvertretungsgesetz Hessen sowie Nordrhein-Westfalen. Zum Kirchlichen Mitarbeitervertretungsgesetz sowie zum Recht der Personalräte in den Jobcentern nach dem SGB II verfasste Herr Lenders ebenfalls mehrere Werke. Weiterhin ist er seit Jahren bundesweit Referent zu den oben genannten Themenbereichen. Brigitte Meisinger ist seit 2008 Gesamtpersonalratsvorsitzende beim Bezirk Schwaben. Seit 2005 ist sie nebenamtlich als Referentin für Ver.di, die IG-Metall, die Bayerische Verwaltungsschule und die Bayerische Akademie für Verwaltungsmanagement mit unterschiedlichen Themen für die Personalvertretung tätig. Nach ihren Abschlüssen als NLP-Practitioner und NLP-Master erweiterte sie ihr Repertoire als Referentin mit Themen rund um die Kommunikation. Außerdem ist sie Mitglied der Prüfungskommission im Bereich der Verwaltungsaus- und Weiterbildung, Mitglied der Tarifkommission Bayern für den Landesfachbereich Gemeinden, stv. Mitglied des Prüfungsausschusses, des Berufsbildungsausschusses und des Verwaltungsrates bei der Bayerischen Zusatzversorgungskasse. Peter Plottner ist Diplom-Betriebswirt und Diplom-Ökonom. Er studierte Betriebs- und Rechtswissenschaften in Göttingen und Hamburg. Mit Lehrauftrag und als Rechtsbeistand konnte er sich mit vielschichtigen Fragen des Arbeits- und Beamtenrechts auseinandersetzen. Im Jahre 1994 wurde ihm eine Professur an der George-Washington-University übertragen und im Jahre 1998 der Grad eines Doctor of Philosophy (Ph.D.). Herr Plottner unterrichtet in verschiedenen Akademien und Studieninstituten des öffentlichen Dienstes.